



## **Ausschuss für Gleichstellung und Frauen**

### **51. Sitzung (öffentlich)**

13. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:52 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
|          | <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>  | <b>3</b> |
| <b>1</b> | <b>Entwicklung der Teilzeitarbeit in NRW für Frauen</b> ( <i>Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP [s. Anlage 1]</i> )            | <b>4</b> |
|          | – mündlicher Bericht der Bundesagentur für Arbeit ( <i>s. Anlage 2</i> )   |          |
|          | – Wortbeiträge   |          |
| <b>2</b> | <b>Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen</b> | <b>9</b> |
|          | Gesetzentwurf<br>der Landesregierung<br>Drucksache 17/14305  |          |
|          | Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung vom 10.11.2021)   |          |
|          | – Wortbeiträge   |          |

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Josefine Paul (GRÜNE), kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

**3 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft muss sich auf der Bühne und seinen Strukturen abbilden!** 11

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/13779

Ausschussprotokoll 17/1602 (Gespräch mit sachverst. Gästen vom 28.10.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Heike Troles (CDU), kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

**4 Abschlussbericht der „Bedarfsanalyse des ambulanten und stationären Hilfeangebots für gewaltbetroffene Frauen in Nordrhein-Westfalen“ (Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])** 12

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/6098  
Vorlage 17/6253

– Wortbeiträge

**5 Verschiedenes** 17

– keine Wortbeiträge

## 2 **Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14305

Ausschussprotokoll 17/1616 (Anhörung vom 10.11.2021)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Wissenschaftsausschuss am 30.06.2021)*

Da sich im Rahmen der Anhörung geäußerte Kritikpunkte eher auf die allgemeine Situation der Hebammen bezögen und durch die Akademisierung zur Aufwertung des Berufsstands beigetragen werden sollte und eine EU-Richtlinie umgesetzt werde, bitte sie, **Heike Troles (CDU)** um Zustimmung zu dem Antrag.

Mit dem Gesetzentwurf werde in der Tat eine EU-Richtlinie umgesetzt, wobei auch die Hebammen selbst seit geraumer Zeit die Akademisierung ihres Berufs befürworteten, führt **Susanne Schneider (FDP)** aus. Sie verweise auch auf einen von allen demokratischen Fraktionen gestellten Antrag zur Unterstreichung der Wertschätzung und Wichtigkeit des Berufs, mit dem auch Neuerungen angestrebt würden. Ihr gehe es vor allem um die hebammengeleiteten Kreißsäle, deren Ausbau die Landesregierung unterstütze.

Die SPD-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen, da sie das Hinwirken auf eine Akademisierung des Hebammenberufs befürworte und der Gesetzentwurf in der Anhörung positiv bewertet worden sei, erläutert **Anja Butschkau (SPD)**.

Sie halte einen breiten Konsens bei dem Thema für wichtig. Wie von Heike Troles (CDU) angedeutet müssten einige Stellen allerdings noch überarbeitet werden. Dies betreffe etwa die Regelungen zu Einsichtnahmen in die Unterlagen der Hebammen.

**Josefine Paul (GRÜNE)** schließt sich der Einschätzung von Anja Butschkau (SPD) an und ergänzt, dass auch an der Regelung zum Recht der Aufsichtsbehörden zur Betretung der Räumlichkeiten der Hebammen Kritik geübt werde. Sie hoffe auf eine einvernehmliche Lösung zwischen den Fraktionen und mit den Hebammen.

Auf die Frage der Abgeordneten, ob das Ministerium noch entsprechende Änderungen an dem Gesetzentwurf plane, führt **ORR'in Anna-Karoline Dahmen (MAGS)** aus, dass, da es sich zumindest teilweise um ideologisch geprägte Änderungswünsche handele, das Ministerium keine Anpassung vornehmen werde.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Josefine Paul (GRÜNE), kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.